Beschluss (vorläufig) 1. Gutes Klima – Saubere Energie

Gremium:	Digitale LDV Idar-Oberstein
Beschlussdatum:	06.12.2020
Tagesordnungspunkt:	2. Kapitel 1 Klimaschutz - Energiewende

Text

Das Wissen um die planetaren Grenzen ist die Leitlinie unserer Politik. Wir überschreiten derzeit global und national die planetaren Belastungsgrenzen in sieben von neun Bereichen, z.B. der Artenvielfalt, Klimakrise, Phosphat- und Nitrateintrag sowie Landnutzung. Damit gefährden wir die Stabilität unserer Ökosysteme und unsere Lebensgrundlage. Dem entschieden zu begegnen, ist die politische Aufgabe unserer Zeit.

Wir sind die letzte Generation, die die Weichen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen und für echten Klimaschutz stellen kann. Wir müssen jetzt handeln, damit es in wenigen Jahren nicht zu spät ist. Wir sehen die Auswirkungen der Klimakrise auch hier in Rheinland-Pfalz: Das Artensterben beschleunigt sich, wir verlieren vielfältige Biotope und die Wälder sterben. Immer häufiger erleben wir Unwetter, Starkwindereignisse, Starkregen, Hochwasser und Dürren. Unsere Wasservorräte gehen zurück, die Landwirtschaft, Tiere und Forst, der Weinbau sowie die Menschen leiden unter der zunehmenden Zahl an Hitzetagen und Extremwetterereignissen.

Anstatt mutig und konsequent den Klimaschutz anzugehen, verspielt die Bundesregierung gerade unsere Zukunft. Das Kohleausstiegsgesetz der Großen Koalition wird viel zu spät Wirkung entfalten und ist viel zu teuer. Die fossilen Energiekonzerne vergolden dabei ihre dreckigen Kohlekraftwerke. So wird Deutschland die internationalen Klimaziele nicht erreichen. Wir brauchen sauberen Strom aus Erneuerbaren Energien, doch statt den Ausbau wirksam voranzubringen bremst die Bundesregierung in unverantwortlicher Weise das Wachstum der Windenergie und der Photovoltaik.

Wir GRÜNE geben ein anderes Tempo vor. Entschieden setzen wir uns ein für mehr Klimaschutz und streben das Ziel einer sozial-gerechten und klimaneutralen Gesellschaft bis 2035 an. Zentrale Grundlage für dieses Ziel ist das Klimaabkommen von Paris und der Bericht des Weltklimarates zum 1,5 Grad-Limit. Dafür werden wir ein Treibhausgasbudget für Rheinland-Pfalz als zentrales Steuerungselement entwickeln und fortlaufend überprüfen. Mit diesem Fahrplan für die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen definieren wir konkrete Meilensteine für Land und Kommunen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Wir sind uns bewusst, dass unser Bundesland nur mit erheblichen Anstrengungen auf den 1,5 Grad-Pfad kommen wird. Außerdem schaffen wir dieses Ziel nur mit Rückenwind von der Bundesebene für die Mobilitäts- und Wärmewende, den Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Landwirtschaft und die Gebäudesanierung.

Wir wollen in Rheinland-Pfalz noch mehr erneuerbar erzeugten Strom produzieren und die Mobilitätswende weiter umsetzen. Im Dialog mit unserer Wirtschaft treiben wir die ökologische wie ökonomische Transformation voran, um unseren Wohlstand und Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Klimaschonendes Bauen mit Holz, die Wärmewende bei Gebäuden und die klimaschonende, ökologische

Landwirtschaft werden wir weiter stärken. Außerdem brauchen wir Klimaschutz vor Ort und unterstützen dafür unsere Kommunen und den Bezirksverband Pfalz. Auf grüne Initiative hat die Landesregierung eine Divestment-Strategie des Landes für nachhaltige Finanzen verabschiedet. Damit entziehen wir umwelt- und klimaschädlichen Unternehmen öffentliche Gelder. Wir wollen diese Strategie erneut überprüfen und dabei das Kriterium "global coal exit list" anwenden. Damit werden bei den Finanzen des Landes für den Ausbau der Kohleindustrie verantwortliche Unternehmen konsequent ausgeschlossen.

Die Treibhausgasreduktion werden wir konsequent weiter vorantreiben und dafür in den Klimaschutz investieren. Das Landesklimaschutzgesetz wollen wir weiterentwickeln, um gemäß den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz zu erreichen. Wir möchten, dass der Staat, die Gemeinden und die Gemeindeverbände bei ihrem Handeln Klimaschutz und das Nachhaltigkeitsprinzip berücksichtigen, um die Interessen zukünftiger Generationen zu wahren. Daher wollen wir den Klimaschutz und den Nachhaltigkeitsgrundsatz als Staatsziel in der Verfassung verankern. Kommunen müssen sich heute immer wieder für Investitionen rechtfertigen. Wir werden Klimaschutz als Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung verankern, damit die Kommunen in unsere Zukunft investieren können. Bei Entscheidungen der Landesregierung und des Landtags soll eine Klimafolgenabschätzung erstellt werden. Dabei soll der bestehende Klimabeirat zu einem Klimarat weiterentwickelt werden, in dem Akteur*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft stärker in Entscheidungen eingebunden werden.

Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Herzstück des Klimaschutzes

Die Energiewende und nachhaltiges Wirtschaften sind Voraussetzung für konsequenten Klimaschutz und damit den Erhalt unserer Lebensgrundlagen sowie Grundlage für den Wohlstand in unserem Land. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist zu einem Standortfaktor geworden. Um unsere Klimaschutzziele zu erreichen, müssen wir auch künftig einen dynamischen Ausbau Erneuerbarer Energien sicherstellen. Um unseren Strom zu 100 Prozent erneuerbar zu erzeugen, wollen wir die installierte Leistung zur Gewinnung von Windenergie mindestens verdoppeln und die Photovoltaik-Leistung bis 2030 mindestens verdreifachen. Damit unterstützen wir die Auftragslage im Handwerk ebenso wie die industrielle Produktion im Bereich der benötigten Klimaschutztechnologien und schaffen neue, grüne Arbeitsplätze vor Ort. Erneuerbare sind heute bereits günstiger als fossile Energieträger. Dieses Potenzial gilt es für den Standort Rheinland-Pfalz und den Klimaschutz konsequent zu nutzen.

Mit einem neuen Energiewende-Plan wollen wir die Sektorenkopplung voranbringen. Darin überprüfen wir außerdem engmaschig die notwendigen Zubaumenge an Wind- und Photovoltaik-Leistung, um unseren Strombedarf durch die Transformation bei der Wärme und Verkehrswende sowie in der Wirtschaft zu berechnen und unser Ziel der Klimaneutralität zu erreichen. Denn damit Erneuerbare Energien jederzeit effizient genutzt werden können, müssen verschiedene Sektoren miteinander intelligent vernetzt werden. So kann beispielsweise überschüssige Energie zur Erzeugung von Wasserstoff eingesetzt werden, wenn an sonnen- oder windreichen Tagen mehr Strom produziert als verbraucht wird. Deshalb wollen wir Power-to-X und die Erzeugung von Grünem Wasserstoff fördern. Digitale Lösungen, wie künstliche neuronale Netze bieten zudem die Möglichkeit erneuerbaren Strom intelligent zu lenken und ressourcenschonend einzusetzen. So können Erneuerbare

Energien als Basis genutzt werden, um alle Sektoren, Industrie, Mobilität oder auch Wärme, miteinander zu verbinden und zu dekarbonisieren. Auch im Bereich Energieeffizienz wollen wir weiter vorankommen, denn jede eingesparte Kilowatt-Stunde ist die beste Kilowatt-Stunde.

Sonnenland Rheinland-Pfalz

Unser sonniges Bundesland bietet die besten Voraussetzungen, um Solarenergie zu nutzen. Wir GRÜNE wollen dieses Potenzial ausschöpfen und die Energieerzeugung aus der Sonne deutlich ausbauen. Investitionen in die Solarenergie stärken den Klimaschutz und schonen den Geldbeutel.

Bei Neubauten, Dachsanierungen und neuen Parkplätzen setzen wir daher auf eine Pflicht für Photovoltaik-Anlagen. Ebenso soll bei umfangreichen Modernisierungen von Gebäuden der Einsatz von Solarenergie vorgeschrieben werden, wenn keine dringenden Gründe dagegen sprechen. Wir wollen den Einzelhandel, die Kommunen und Unternehmen darin unterstützen, dass sie ihre Parkplätze mit Solarcarports als Schattenspender, Stromlieferant und Ladestelle für Elektroautos überdachen. Mit dem neuen landesweiten Solarkataster sorgen wir dafür, dass das Potenzial für die Nutzung der Solarenergie aufgezeigt wird. Die Bürgerenergie wollen wir weiter stärken. Dazu drängen wir auf Bundesebene auf die Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben. Außerdem prüfen wir, wie Bürgerenergiegenossenschaften in Planungs- und Ausschreibungsverfahren angemessen berücksichtigt werden können. Denn die Teilhabe an der Energieversorgung erhöht die Akzeptanz und die lokale Wertschöpfung.

Auch auf artenarmen Grünland und ertragsarmen Ackerland wollen wir den Bau von Solaranlagen naturschutzgerecht erweitern. Bei der Ausweisung geeigneter Flächen sowie der Entwicklung entsprechender Flächennutzungspläne sollen die Kommunen beraten und unterstützt werden. Mit zusätzlicher Agro-Photovoltaik lässt sich die Energiewende sinnvoll mit der Landwirtschaft verbinden: Auf Agro-PV-Flächen wird einerseits Solarstrom erzeugt und andererseits können sie weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden. Die Agro-PV-Anlagen schützen zudem die darunter angebauten Kulturen vor Witterungsschäden. Wir setzen uns dafür ein, dass die rechtlichen Hemmnisse zur Nutzung der Agro-Photovoltaik auf Bundesebene aufgehoben werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns weiter dafür ein, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu überarbeiten und es freundlicher für die Erzeuger*innen von Erneuerbaren Energien gestalten. Solaranlagen unter 1 Megawatt installierter Leistung müssen ohne Ausschreibung errichtet werden dürfen, um somit Planungssicherheit vor allem für Bürgergesellschaften, Genossenschaften und Kommunen wieder zu gewährleisten. Das Bundes-Mieterstromgesetz muss nachgebessert werden, um die Installation von Solaranlagen auf Mietshäusern unbürokratischer zu machen. Wie im europäischen Recht vorgeschrieben, müssen Abgaben und Umlagen auf selbst genutzten erneuerbaren Strom gestrichen werden. Auch brauchen wir einen deutlichen Abbau von Bürokratie bei der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen im privaten wie gewerblichen Bereich. Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, dass EEG-Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen, ohne übermäßigen finanziellen und bürokratischen Aufwand auskömmlich weiterbetrieben werden können. Ebenso werden wir uns dafür einsetzen, dass das Energiewirtschaftsgesetz grundlegend überarbeitet wird. Dezentrale Speicherung und Netzausregelung sollen

rechtlich ermöglicht und Bürgergenossenschaften und kleine Akteur*innen wie europarechtlich geboten gestärkt werden.

Frischer Wind für mehr Klimaschutz

Einen großen Anteil an den Erneuerbaren Energien macht die Windenergie aus. Sie ist das Rückgrat der Energiewende. Wir werden alles daransetzen, auch weiterhin beim Ausbau der Windenergie mit vorne zu bleiben. Die Beteiligung von Kommunen und Genossenschaften wollen wir stärken, sodass Anwohner*innen direkt von den Windkraftanlagen profitieren. Betroffene Kommunen, d.h. nicht nur die jeweilige Standortkommune, sollen langfristig einen wirtschaftlichen Nutzen haben und damit neue Gestaltungsspielräume erhalten.

Windenergie geht nur mit Artenschutz. Wir wollen die Genehmigungsverfahren landesweit vereinheitlichen und so naturverträglich beschleunigen. Dabei sollen Naturschutzverbände und Bürger*innen früh mitsprechen können. Dafür muss der naturschutzfachliche Leitfaden zum Ausbau der Windenergie fortgeschrieben werden. Bei Genehmigungsverfahren brauchen die Kommunen mehr Unterstützung und die Genehmigungsbehörden entsprechend qualifiziertes Personal für eine zügigere Antragsbearbeitung.

Um die Leistung der Windenergie erheblich zu steigern, müssen wir mehr Flächen nutzen und Altanlagen systematisch durch neue leistungsfähigere Maschinen ersetzen (Repowering). Wir überarbeiten das Landesentwicklungsprogramm im Einklang mit dem Emissions-, Natur- und Klimaschutz, um den notwendigen Flächenbedarf von zwei Prozent der Landesfläche für die Windenergie tatsächlich bereithalten zu können – ebenso wie Sonderflächen, zum Beispiel entlang von Autobahnen und Bahntrassen.

Unsere von der Klimakrise gebeutelten Wälder werden ohne den Ausbau der Erneuerbaren ihre Schutz-, Biodiversitäts-, Wirtschafts- und Erholungs-Funktionen nicht mehr leisten können. Wir wollen daher die Nutzung der Windenergie vor allem auf geschädigten Waldflächen in Wirtschaftswäldern naturverträglich ausbauen.

Die Möglichkeit, alte Windkraftanlagen am selben Standort mit neueren leistungsfähigeren Maschinen (Repowering) mit bestehender Infrastruktur zu ersetzen, werden wir erleichtern. Allein mit dem Austausch eines Windrades kann schnell das Dreifache an Leistung erzielt werden. Für dieses Repowering bereits bestehender und in der Bevölkerung akzeptierter Windenergie-Standorte wollen wir die starren Abstandsregeln standortgerecht aufheben. Bestehende Windparks sollen in den bisherigen Grenzen ohne Ausschreibung durch leistungsfähigere Maschinen ersetzt werden.

Auf Bundesebene treten wir dafür ein, dass der Ausbaudeckel für die Windenergie gestrichen wird. Rheinland-Pfalz muss bei den Ausschreibungsverfahren durch eine Regionalisierungskomponente faire Chancen bekommen und Windparks ohne Ausschreibungsverfahren errichten dürfen. Für alle Erneuerbaren Anlagen werden wir uns dafür einsetzen, dass die Eigen- und Direktstromnutzung der nicht EEG-geförderten Anlagen von der EEG-Umlage befreit werden.

Digitalisierung für die Energiewende nutzen

Immer mehr dezentrale Erzeugungsanlagen bedeuten, dass wir die Verteilung und Steuerung des Stroms neu organisieren müssen. Dazu müssen wir die dezentralen

Verteilnetze stärken und intelligente Verteilnetz-Regulations-Instrumente etablieren, wie im Projekt Smart Country.

Um wetterbedingte Schwankungen bei der Erzeugung von erneuerbarem Strom auszugleichen und das Stromnetz stabil zu halten, setzen wir auf die Entwicklung von intelligenten Speichern. Damit wird überproduzierter Strom für Zeiten, zu denen mehr Strom benötigt wird, gespeichert und flexibel eingesetzt werden. Wir wollen auch die Nutzung von Bioenergie mithilfe digitaler Anwendungen flexibler gestalten. Wichtig ist uns dabei auch die Unterstützung landwirtschaftlicher Biogasanlagen und kommunaler Klärschlammaufbereitung, die das wesentlich schädlichere Klimagas Methan aus Wirtschaftsdüngern beziehungsweise Faulschlämmen auffangen und bedarfsgerecht sowie flexibel zu Strom und Wärme veredeln. Dafür bedarf es anderer bundesgesetzlicher Regelungen. Smart Grids und intelligente Stromnetze, müssen gefördert werden, denn damit lassen sich Erneuerbare Energien umfassend in unsere Energieversorgung integrieren. Zudem werden wir mit den Netzbetreibern ein integriertes Konzept mit dezentralen Speichern für Rheinland-Pfalz entwickeln. Smartmeter, Smartoperator, und die digitale Abstimmung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch aufeinander helfen dabei, die Stromversorgung zu sichern. Hier werden wir gezielt Forschungs- und Entwicklungsprojekte unterstützen.

Grüner Wasserstoff

Grüner Wasserstoff (Power-to-X, PtX = Nutzung von Stromüberschüssen durch die Umwandlung in andere Energieträger) bietet enorme Möglichkeiten, Treibhausgase einzusparen und unser Land klimaneutral zu gestalten. Grüner Wasserstoff kann wesentlich zu Klimaschutz, Wohlstand und neuen Arbeitsplätzen in unserem Land beitragen und als Speichermedium die Versorgungssicherheit bei Erneuerbaren Energien steigern. Wir wollen die technologische Entwicklung fördern und eine landeseigene Wasserstoffstrategie entwickeln. Alle vorhandenen Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden, um den Grünen Wasserstoff vor Ort zu erzeugen, im Sinne der Wertschöpfung wie der Versorgungssicherheit – statt, wie die Bundesregierung, nur auf Importe zu setzen. So kann zum Beispiel überschüssiger Strom aus Klärschlammverbrennungsanlagen zu grünem Wasserstoff umgewandelt werden. Aus dem gewonnen Sauerstoff kann Ozon für die vierte Reinigungsstufe des Abwassers beispielsweise zur Entfernung von Medikamentenresten eingesetzt werden. Grüner Wasserstoff schafft neue Möglichkeiten im Schwerlast- oder öffentlichen Nahverkehr. Erhebliches Potential sehen wir aber insbesondere, um industrielle Produktionsprozesse auf den Weg in Richtung Klimaneutralität zu bringen.

Als großer Chemiestandort setzen wir auf die Chancen von PtX in der chemischen Industrie, um fossile Grundstoffe zu ersetzen. Wir wollen Forschungs- und Entwicklungsstandort für PtChem und Treiber für eine nachhaltige Chemieindustrie und für Nutzfahrzeuge werden. Auch brauchen wir Innovation bei der Infrastruktur in der Wasserstoffgewinnung und bei der Wasserstofflogistik. Dazu müssen wir nicht nur Landesmittel bereitstellen und Bundesmittel nutzen, sondern auch gezielt EU-Fördermittel nach Rheinland-Pfalz lenken und Entwicklungspartnerschaften vorantreiben.

Klimaschutz vor Ort

Klimaschutz gelingt nur, wenn die Kommunen auch mit anpacken. Vor Ort werden oft im Kleinen die Weichen gestellt, die in der Summe große Auswirkungen haben. Und

Klimaschutz rechnet sich – beispielsweise beim Energiemanagement in Gebäuden, wenn wir in Turnhallen auf energiesparende LED-Beleuchtung umstellen. Wir werden die Kommunen auch weiterhin beim Klimaschutz unterstützen.

Die Energieagentur berät Kommunen und mittelständische Unternehmen unter anderem, wenn es darum geht, Klimaschutzkonzepte zu erstellen, Fördermittel zu beantragen, E-Mobilität zu fördern oder Nahwärmenetze zu errichten. Sie unterstützt die Kommunen auch bei der Bauleitplanung, z.B. bei der Entwicklung energetischer Quartierskonzepte oder der Flächennutzungsplanung für Erneuerbare Energien. Die Energieagentur vernetzt und koordiniert die einzelnen Aktionen, Aktivitäten und Projekte im Land und hilft den Kommunen bei der Bewertung ihrer Klimaschutzerfolge. Diese Stärken wollen wir weiter nutzen und die Energieagentur und ihre acht Regionalbüros ausbauen.

Digital basiertes kommunales Energie-Management und energiesparende und insektenschützende LED werden wir zum Standard machen. Dazu setzen wir die Förderung für die Kommunen fort. Außerdem wollen wir sie noch stärker darin unterstützen, eigene CO2-Bilanzen und Divestment-Strategien umzusetzen.

Gemeinsam setzen wir uns auf Bundesebene für eine weitere hohe Förderung der kommunalen Klimaschutzmanager*innen für alle Kommunen ein. Gerade auch finanzschwachen Kommunen muss es möglich sein, durch Klimaschutzmanager*innen in den Verwaltungen aktiv das Klima zu schützen.

Im Land werden wir die Fortbildung von Verwaltungsmitarbeiter*innen für den Klimaschutz unterstützen. Wir unterstützen beratend die Kommunen bei der Ausgestaltung ihrer ordnungsrechtlichen Möglichkeiten für mehr Klimaschutz. Anstatt umwelt- und klimaschädliche mit Gas betriebene Heizpilze bevorzugen wir klimaneutrale Lösungen, wie beispielsweise das Aufstellen von Zelten im öffentlichen Raum für die Gastronomie.

Eng verbunden mit der Energiewende ist auch die Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher unterstützen wir die Netzübernahme durch neue kommunale Energieversorgunsunternehmen. Dies führt dazu, dass die aus dem Netzbetrieb erzielten Gewinne in die Kassen der Eigentümerkommune fließen und regional Arbeitsplätze bei den kommunalen Energieversorgern gesichert werden. Klimaschutzziele der jeweiligen Kommune können so direkt gesteuert und umgesetzt werden.

Wir sprechen uns gegen neue Erkundungsbohrungen zur Gewinnung von Erdöl in Rheinland-Pfalz aus. Zum Schutz des Klimas wollen wir Öl und Gas im Boden lassen. Bundespolitisch werden wir uns für eine Reform des Bergrechts einsetzen, die den Klimaschutz und die Mitsprachemöglichkeiten vor Ort stärken soll.

Das geplante Pumpspeicherkraftwerkes RIO an der Mosel bei Trier ist ein wichtiges Projekt, um regional erzeugten Strom zu speichern. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der wirtschaftlichen Bewertung ein. Wir unterstützen die Verwirklichung dieser Infrastrukturmaßnahme und setzen uns für die erforderliche Finanzierung auf verschiedenen Ebenen ein.

Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass das Land die Kommunen bei Stadtgrün-Projekten und der Vergabe von Grünpatenschaften fördert, um grüne und blaue Klima- und Erholungsoasen in den Städten zu schaffen. Alle Kläranlagen mit genügend Potenzial wollen wir zur Erzeugung von Biogas und Richtung

Energieautarkie umrüsten und dezentrale Wasserstoff-Erzeugung und Nutzung weiterentwickeln.

Klimaneutrale Landesverwaltung

Unserem Ziel, die Landesverwaltung bis 2030 klimaneutral zu organisieren sind wir ein großes Stück näher gekommen und werden dies auch konsequent weiterverfolgen. Um diesen Weg zu unterstützen, wollen wir einen CO2-Schattenpreis für die Landesverwaltung einführen zugunsten klimafreundlicher Planungen. Neubauten des Landes wollen wir mindestens als Plusenergiehaus bauen, bei Sanierungen streben wir diesen Standard wo technisch möglich an. Alle landeseigenen Gebäude, auf denen dies sinnvoll ist, werden wir mit Photovoltaik und Solarthermie ausstatten. Für bestehende Gebäude in Besitz des Landes wollen wir einen Sanierungsfahrplan hin zur Klimaneutralität erstellen.

Bei der öffentlichen Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien, im Bereich der Verkehrswende an Behördenstandorten, aber auch bei der klimafreundlichen Verpflegung in öffentlichen Kantinen leisten wir auch in der Landesverwaltung einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz.

Investitionen in Erneuerbare Wärme

Gerade bei Wohn- und öffentlichen Gebäuden können wir viel für den Klimaschutz tun. Bei der Wärmewende wird das Potenzial Erneuerbarer Energien deutlich: Sie machen uns unabhängiger von fossilen Importen und erzeugen Wertschöpfung im Land. Obwohl in Berlin gebremst wird, sind wir mit der Wärmewende in Rheinland-Pfalz einen großen Schritt vorangegangen, beispielsweise mit dem Aufbau von Erneuerbaren Nahwärmenetzen. Das wollen wir fortsetzen und die Verwaltung bei der praktischen Umsetzung der energetischen Gebäudemodernisierung mit einer EnEV-Durchführungsverordnung unterstützen. Die Möglichkeiten der Nutzung oberflächennaher Erdwärme bei der Erstellung von Bebauungsplänen stärker berücksichtigen.

Wir wollen den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung erhöhen. Eine durch das Land finanzierte kommunale Wärme- und Kälteplanung soll die Potenziale der erneuerbaren Wärmequellen und der Abwärme, beispielsweise aus Industrieprozessen, aufzeigen. Zudem braucht es Impulse, um die Wärmebereitstellung auch in bestehenden Gebäuden effizienter und auf Basis Erneuerbarer Energien zu gestalten. Damit wollen wir den Wohnbereich klimaneutral machen, der Industrie eine Absatzmöglichkeit für ihre Abwärme schaffen und Kältesenken, wie zum Beispiel Rechenzentren, mit klimaneutraler Energie versorgen. Wo es auf Landesebene möglich ist, wollen wir ambitionierte Maßnahmen im Gebäudebereich umsetzen. Es kann nicht sein, dass es ein bundeseinheitliches Gebäudeenergiegesetz gibt und die Länder nicht ambitionierter sein dürfen. Es gilt daher, durch eine bundesgesetzliche Länderöffnungsklausel ein wirksames Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen.

Atomkraft? Nein, danke!

Entgegen aller Widerstände haben wir uns konsequent gegen Atomkraft und für die Abschaltung der gefährlichen grenznahen Pannenreaktoren Fessenheim, Cattenom, Tihange und Doel eingesetzt. Unser Engagement lohnt sich: Fessenheim ist im Jahr 2020 tatsächlich vom Netz genommen worden. Gegen die verbleibenden Atomkraftwerke werden wir weiterhin mit allen Mitteln kämpfen. Wir setzen uns

dafür ein, dass die Bundesregierung mit Frankreich und Belgien bilaterale Verhandlungen zur Abschaltung der grenznahen Pannenreaktoren aufnimmt. Bei grenznahen Atomkraftwerken hat die Bevölkerung gemäß einem internationalen Übereinkommen (Espoo-Konvention) auch jenseits der Grenze ein Mitspracherecht hinsichtlich der Sicherheitsanforderungen. Alle Laufzeitverlängerungen müssen mit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung einhergehen. Wir werden die Zivilgesellschaft bei anstehenden Verfahren frühzeitig informieren und organisatorisch unterstützen. Außerdem werden uns auf Bundesebene weiterhin für einen Exportstopp von Kernbrennstoffen in grenznahe Risikomeiler einsetzen.

Nicht zuletzt der Abriss des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich hat gezeigt, dass sich konsequenter Einsatz gegen Atomkraft lohnt. Denn die Zukunft der Energie liegt in den Erneuerbaren Energien. Sie sind nicht nur sicherer, sondern auch um ein Vielfaches billiger als die Atomenergie. Deshalb setzen wir uns weiterhin für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und konsequent gegen Atomkraft ein.

Die Strahlung des Atommülls bleibt nach dem Atomausstieg ein hohes Risiko für zukünftige Generationen, mit unkalkulierbaren finanziellen Belastungen für öffentliche Haushalte und Steuerzahler*innen, die nicht durch die Atomstromproduzenten übernommen werden. Die bundesweit ergebnisoffene Suche nach einem Endlager mit der bestmöglichen Sicherheit muss in einem wissenschaftsbasierten Verfahren ablaufen, transparent und nachvollziehbar sein. Sie muss auch sicherstellen, dass die Öffentlichkeit beteiligt wird und die Sicherheit aller Menschen im Mittelpunkt steht. Das fordert das Standortauswahlgesetz und dass es eingehalten wird, erwarten wir auch von unseren Nachbarländern. Die Standortsuche für ein Atommüllendlager in grenznahen Regionen in Belgien darf nicht dazu führen, dass man sich bereits informell oder stillschweigend auf einen Standort festlegt. Von der belgischen Regierung werden wir transparente Verfahren fordern und erwarten, dass die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Nachbarländern beteiligt werden.